

**WIP-KOLLOQUIUM**  
**„INNOVATION DURCH INTEGRATION“**  
**AM 14.02.2006 IM SENATSSAAL DER HUB**

**Beiträge des WIP-Kolloquiums – Stand: 21.07.2006**

---

**INNOVATION DURCH INTEGRATION..... 2**

*Beitrag von Thomas Flierl*

**INNOVATION DURCH INTEGRATION. WIP und die  
Personalentwicklung in Hochschulen und Forschungseinrichtungen..... 4**

*Beitrag von Gerd Köhler*

**KANN SICH DIE WISSENSGESELLSCHAFT ARBEITSLOSE  
WISSENSCHAFTLER LEISTEN? Plädoyer für einen breiten Mittelbau. 6**

*Beitrag von Dr. Frank Havemann*

**WIE KANN WISSENSCHAFT ZUKUNFTSFÄHIG ORGANISIERT  
WERDEN? Einsichten und Erfahrungen aus der Wissenschaftspolitik.... 14**

*Beitrag von Prof. Dr. Hans Joachim Meyer*

**DAS WIP ALS GESCHICHTE EINER PROBLEMVERSCHIEBUNG  
(UND EIN PROBLEMLÖSUNGSVORSCHLAG)..... 23**

*Beitrag von Dr. Peer Pasternack*

**MAGNETISCHE RESONANZVERFAHREN. ZUR  
CHARAKTERISIERUNG VON MAGNETISCHEN HALBLEITERN  
UND NANOCLUSTERN FÜR SPINTRONIK-ANWENDUNGEN ..... 27**

*Wolfgang Gehlhoff*

**ZUR INTEGRATION VON GEISTESWISSENSCHAFTLERN AUS DER  
AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN AN DER HUMBOLDT-  
UNIVERSITÄT ZU BERLIN – EINE KRITISCHE UND PERSÖNLICHE  
REFLEXION..... 32**

*Beitrag von Jekatherina Lebedewa*

## **DAS WIP ALS GESCHICHTE EINER PROBLEMVERSCHIEBUNG (UND EIN PROBLEMLÖSUNGSVORSCHLAG)**

*Beitrag von Dr. Peer Pasternack.*

*Institut für Hochschulforschung (HoF) an der Universität Halle-Wittenberg*

### *Der Anfangsfehler*

Das Wissenschaftler-Integrations-Programm (WIP) baute auf einem Anfangsfehler auf, der ein geradezu lehrbuchgeeignetes Programm scheitern begründete. Es sollte der Integration außer-universitärer Forscher und Forscherinnen in die Hochschulen dienen. Bereits bei dieser Zieldefinition geschah der Anfangsfehler. Er bestand in der handlungsbestimmend werdenden Auffassung, dass es in der DDR eine weitgehende Trennung von Forschung und Lehre an der Linie Hochschulen und Akademien gegeben habe. Die Hochschulen, so hieß es, seien weitgehend nur Lehranstalten gewesen, während die eigentliche (Grundlagen-)Forschung an den Akademieinstituten stattgefunden habe. Diese Auffassung folgte zunächst einer im Zuge der III. Hochschulreform (die mit einer Akademiereform verbunden war) von 1968ff. formulierten Zielvorstellung der SED-Wissenschaftspolitik. Das damalige Ziel wurde nun, anfangs der 90er Jahre, als tatsächlich realisiert unterstellt.

Dabei wurde die Behauptung der institutionellen Trennung von Forschung und Lehre intensiv durch die Interessenvertreter der DDR-Akademie der Wissenschaften gepflegt. Sie erhofften sich dadurch bessere Ausgangsbedingungen in den zu erwartenden Verteilungskämpfen. Dieser argumentative Schuss endete, wie sich später zeigen sollte, als Rohrkrepiierer namens WIP. Die Hochschulen hingegen betonten unablässig ihre guten Lehrbedingungen einschließlich intensiverer Lehrmotivation ihres Personals. Das war vor allem als positives Distinktionsmerkmal im Vergleich zu den westdeutschen Universitäten formuliert. Doch zugleich stärkte es offenbar die Überzeugungskraft der Akademievertreter: Die DDR-Unis seien eben keine richtigen Forschungseinrichtungen gewesen; immerhin sagten sie ja selbst, dass sie vor allem in der Lehre gut seien.

Der Wissenschaftsrat baute dann seine gesamte Empfehlungslinie auf der Annahme unerträglicher Forschungsdefizite der Hochschulen auf: Die Forschung müsse an die Hochschulen ‚zurückgeführt‘ werden: „in den Hochschulen (ist) das Verhältnis von Forschung und Lehre nicht ausgewogen ... Über weite Strecken wurde aufgrund politischer Entscheidungen die Forschung in Institute außerhalb der Hochschulen verlegt“.<sup>13</sup> Richtig wäre gewesen: Auf Grund politischer Entscheidungen wurde 1968ff. ein Teil der Forschung in außerhochschulische Institute verlegt, aber entgegen der ursprünglichen politischen Absicht ließen sich die Hochschulen nicht zu primären Lehranstalten umfunktionieren.

Zwar versuchte der Wissenschaftsrat auch, sich in der Angelegenheit sachkundig zu machen. Doch versäumte er es dann augenscheinlich, die eingeholten Expertisen hinreichend zur Kenntnis zu nehmen. Hier kann etwa auf ein Gutachten zum „Bibliometrischen Profil der DDR“ (lies: der DDR-Wissenschaft in ausgewählten Disziplinen) verwiesen werden, das im Auftrag des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft und des Wissenschaftsrates erstellt worden war. Seine Autoren ermittelten unter Verwendung der Datenbanken des Science Citation Index

---

<sup>13</sup> Wissenschaftsrat: Perspektiven für Wissenschaft und Forschung auf dem Weg zur deutschen Einheit. Zwölf Empfehlungen. Vom Juli 1990, in: ders., Empfehlungen und Stellungnahmen 1990, Köln 1991, S. 7-28, hier S. 24.

z.B., daß 54,7% der Publikationen in den DDR-Natur- und medizinischen Wissenschaften aus den Hochschulen stammten, dagegen nur 32,6% aus den Akademieinstituten (Beispieljahr 1984).<sup>14</sup>

Nachdem trotz intensiver Bemühungen vergleichsweise wenig außeruniversitäres Forschungspersonal an die Hochschulen hatte angebunden werden können und schließlich immer noch ca. 1.700 positiv evaluierte Akademie-Wissenschaftler und -wissenschaftlerinnen nicht untergebracht waren, wurde das WIP (innerhalb des Hochschulerneuerungsprogramm HEP) aufgelegt. Sein Geburtsfehler bestand, wie erwähnt, in der falschen Prämisse, die Hochschulen seien nahezu ohne Forschung und würden sich nichts sehnlicher wünschen als die Aufnahme richtiger ausgebildeter Forscher und Forscherinnen.

Tatsächlich aber beheimateten die Hochschulen zu Beginn der 90er Jahre z.T. beachtliche Forschungspotentiale und hatten im übrigen keine Spielräume in der Personalstruktur. Sie waren gewiss nicht abgeneigt, *zusätzliche* Forschungskapazitäten in Gestalt entsprechenden Personals mit sächlicher Ausstattung zu bekommen. Doch waren sie, wie sich denken lässt, ungeneigt, dies zu Lasten der eigenen Beschäftigten zu erlangen. Also taten sie zweierlei: Sie statteten die um Anbindung nachsuchenden WIPianer mit Zeitverträgen für die Dauer der Förderung aus dem WIP aus. Im Übrigen setzten sie die politischen Amtsträger davon in Kenntnis, dass hier nach Ablauf der WIP-Finanzierung ein Problem bestehen werde. Eindrucksvoll ist indessen, dass so hartnäckig wie fortdauernd kolportiert wird, die ostdeutschen Hochschulen seien erst im Laufe ihres Umbaus nach 1989 wieder zu der ihnen zukommenden Rolle eigenständiger Forschungseinrichtungen gelangt.

### ***Berliner Durchwursteln***

Im Land Berlin gab es eine ambivalenten Umgang mit dem Problem. Die Senatswissenschaftsverwaltung kümmerte sich einerseits um die WIPianer, indem immer wieder Anschlussförderungen aus Nachfolgeprogrammen organisiert wurden (wobei allerdings jeder Wechsel aus einem auslaufenden in ein neues Programm auch mit Abschmelzungen der Anzahl der Geförderten, d.h. mit Fluktuationen in die Arbeitslosigkeit verbunden war). Andererseits wurde mit den kurzfristig wirkenden Lösungen auch eine konsequente Lösungsverschiebung betrieben: Die grundsätzliche Lösung sollte immer einer imaginären Zukunft mit besseren Rahmenbedingungen vorbehalten bleiben.

Die Ergebnisse sind ernüchternd: Anfang 1994 hatte es in Berlin ca. 540 WIPianer gegeben. Während der WIP-Laufzeit gelang insgesamt 16 WIPianern eine dauerhafte Eingliederung in Hochschulen. Einige weitere wurden an Hochschulen außerhalb Berlins berufen. Die WIP-Erfolgsquote in Berlin liegt bei etwa 4%. Die Anzahl der Geförderten wurde mit jeder neuen Förderungsperiode geringer, ohne dass die (dann nicht weiter) Geförderten nun mit festen Stellen ausgestattet gewesen wären. Positiv lässt sich lediglich eines festhalten: Vielen Wissenschaftlern konnte mit dem Programm unter schwierigsten Bedingungen über einige (Förder-)Jahre hinweg geholfen werden, an der Entwicklung des Forschungsstandes ihrer jeweiligen Fächer mitzuwirken und einer sinnerfüllten Beschäftigung in ihren erlernten Berufen nachzugehen.<sup>15</sup>

---

<sup>14</sup> Peter Weingart/Jörg Strate/Matthias Winterhager: Bibliometrisches Profil der DDR. Bericht an den Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und den Wissenschaftsrat, Bielefeld 1991, unveröff., S. 26.

<sup>15</sup> Vgl. die Leistungsbilanzierungen in: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft GEW (Hg.): Projekte und Leistungen des Wissenschaftler-Integrationsprogramms. Vorgestellt anlässlich der wissenschaftspolitischen Tagung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und des WIP-Rates „WIP – Leistungen und Perspektiven“ am 5. Dezember 1995 im Audimax der Humboldt-Universität zu Berlin, Frankfurt a.M. 1995; Gottfried Seifert/Joachim Sobottka/WIP-Rat Berlin (Hg.): Innovative Forschung in der WIP-Nachfolge. Leistungen und Perspektiven. Kolloquium am 26.06.2000 an der Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin 2000.

Als Ursachen für die geringe Erfolgsquote von 4% lassen sich fünf identifizieren: die fehlerhafte Zieldefinition des Programms; ein mangelnder politischer Wille bzw. mangelnde Durchsetzungskraft früherer Berliner Landesregierungen; das Fehlen jedes ernsthaften Versuchs, ostdeutsche Wissenschaftler durch ein realistisches Programm auch in westdeutschen Universitäten hineinzubringen; die besondere Wissenschaftskonzentration in beiden Teilen Berlins in Teilungszeiten, und schließlich der Umstand, dass die ostdeutsche Industrieforschung weitgehend zum Erliegen kam und damit ein anderer potenzieller Beschäftigungsbereich für Wissenschaftler/innen ausfiel.

### ***Ein Problemlösungsvorschlag***

Gibt es vor diesem Hintergrund noch die Spur einer realistischen Problemlösung für die im Jahre 2006 verbliebenen WIPianer? In einer Hinsicht jedenfalls erscheint dies, realistisch betrachtet, als gänzlich unwahrscheinlich: als spezifische und isolierte WIP-Lösung. Dazu ist die betroffene Gruppe zu klein und das von ihr vertretene Anliegen zu sehr marginalisiert, nicht zuletzt in den Hochschulen, an denen sie heute tätig sind. Die Frage wäre dagegen, ob eine Chance bestehen könnte, jenseits einer spezifischen und alleinigen WIP-Lösung zu einem positiven Ergebnis zu gelangen. Dazu müsste das Beschäftigungsanliegen der WIPianer mit einem anderen, in der politischen Wahrnehmung dringender als lösungsbedürftig angesehenen Problem verbunden werden.

Es gibt zwei Entwicklungen, welche die heutigen Kapazitäten der Hochschulen in einem Maße beanspruchen werden, das über die an den westdeutschen Hochschulen seit vier Jahrzehnte übliche ‚Normal‘-Überlast weit hinausgeht: zum einen die Umstellung der Studiengänge nach den Vereinbarungen im Rahmen des Bologna-Prozesses, zum anderen ein kommender Studentenberg. Das heißt im Einzelnen:

Die Bologna-Studienreform stellt massiv erhöhte Anforderungen der Studierendenbetreuung, erzwingt kleinere Gruppengrößen und lässt in der lehrbezogenen Infrastruktur zusätzliche Aufgaben anfallen. Es sind Akkreditierungen vorzubereiten, hierzu bspw. aufwendige Beschreibungen aller Lehrveranstaltungsmodulare zu erstellen, eLearning-Angebote zu entwickeln, studienbegleitende Prüfungen abzunehmen, die Studierendenberatung zu intensivieren oder Career Centers aufzubauen. Daneben werden auf die Hochschulen auch bislang wenig betriebene Aktivitäten wie Alumni-Arbeit und verstärktes Hochschulmarketing zukommen.

Nach Berechnungen der Kultusministerkonferenz (KMK) wird die Zahl der Studierenden bis 2014 um mehr als eine halbe Million auf bis zu 2,67 Millionen ansteigen. Erst im Jahre 2020 wird dieser Studentenberg wieder abflachen, ohne freilich auf das heutige Ausgangsniveau zurückzukehren. Sollen nicht jährlich tausende von Studieninteressierten vom Studium ausgeschlossen werden, ist ein deutlicher Zuwachs an Hochschulpersonal erforderlich.<sup>16</sup>

Aus wissenschaftspolitischen Erwägungen erscheint ein Weg als versperrt: Wenn die Hochschulen auch weiterhin eine zentrale Säule des Forschungssystems sein sollen, dann ist eine massive Lehrdeputatserhöhung der Professoren und Professorinnen dysfunktional. (Damit ist eines nicht ausgeschlossen: Die Lehrdeputate könnten künftig gepoolt und entsprechend der Belastung einzelner Professoren in Forschung, Administration und Studierendenbetreuung individuell gestaffelt werden. So ließe sich dem Umstand Rechnung tragen, dass die Aktivitäten innerhalb der Professorenschaft in den verschiedenen Leistungsbereichen unterschiedlich intensiv sind. Doch im Durchschnitt wird sich eine Erhöhung des Lehrdeputats kaum auf mehr als die neun Wochenstunden, wie sie in Berlin und Baden-Württemberg bereits gelten, vornehmen lassen.) Um die Lehr- und Betreuungsanforderungen angemessen erfüllen zu können, wird es

---

<sup>16</sup> Vgl. Uwe Schlicht: Gefährliches Spiel. Es ist völlig offen, wie der neue Studentenberg bewältigt werden soll. Bund und Länder verschweigen die Kosten, in: *Der Tagesspiegel*, 19.6.2006.

aber aus finanziellen Gründen ebenso unmöglich sein, eine entsprechende Anzahl an Professuren neu einzurichten.

Unter diesen Prämissen gibt es dann nur noch einen Ausweg: Unabdingbar ist ein vornehmlich lehrender Mittelbau mit vergleichsweise hohen Lehrdeputaten jenseits der heute dominierenden Qualifikationsstellen. Im Sinne der etwa in Großbritannien üblichen Lecturers und Senior Lecturers wird eine Personalkategorie neben der Professur benötigt, deren Angehörige ihren Arbeitsschwerpunkt in der Lehre haben. Gleichzeitig müssten diejenigen, die solche Stellen besetzen, in die Lage versetzt werden, eine forschungsgebundene Lehre betreiben zu können. Andernfalls drohten zwei Gefahren: Zum einen stünde die Lehre dieses Personenkreises in der Gefahr, ihren spezifischen Hochschulcharakter zu verlieren. Zum anderen würde sich diese Stellenkategorie innerhalb der Wissenschaftspersonalstruktur zu einer beruflichen Sackgasse entwickeln, da sich ihre Inhaber wegen mangelnder Forschungstätigkeit von vornherein nicht auf Professuren bewerben könnten. Das aber bewirkte eine problematische Auslese bei den Interessenten für eine solche Stelle.

Um solche Konsequenzen zu verhindern, müsste im Arbeitszeitbudget dieser Lecturer oder Lektoren ein fester Anteil für Forschungsarbeit vorgesehen werden, der aber geringer wäre als derjenige der Professoren. Es erscheint denkbar, statt der üblichen professoralen acht Wochenstunden Lehrverpflichtung zwölf Wochenstunden vorzusehen. Damit wäre einerseits ein 25prozentiger Forschungsanteil im Zeitbudget gesichert; andererseits könnte mit Personalkosten unterhalb einer Professorenbesoldung ein höheres als das professorale Lehrdeputat realisiert werden. Für den finanziellen Gegenwert von zwei Professoren bekäme eine Hochschule dann die Lehrleistung von drei Professoren und die Forschungsleistung von einem Professor. Sobald eine solche Stellenkategorie eingerichtet wäre, brauchte man auch entsprechendes Personal, das die so neu geschaffenen Stellen besetzen kann. Hier nun ist die Verbindung zu den WIPianern gegeben. Wer aus diesem Personenkreis heute noch programm- oder projektgefördert in der Wissenschaft tätig ist, hat – neben mehreren formalisierten Auswahlverfahren – eine der härtesten Evaluationen bestanden: die durch das Leben. 15 Jahre fortwährende Bewährung im Wettbewerb um Drittmittel liegen hinter diesen Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen. Waren sie anfangs der 90er Jahre häufig lehrunerfahren, da aus den Akademien kommend, haben sie in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten auch Lehrkompetenzen erworben. Es handelt sich also um erfahrenes Personal, das von heute auf morgen neugeschaffene Lektorenstellen besetzen könnte, ohne dass Einarbeitungshavarien zu befürchten wären.

Der Charme einer solchen Initiative läge darin, dass die Lösung eines akuten Problems der Gegenwart und näheren Zukunft mit der Lösung eines überkommenen und hinsichtlich seiner politischen Bearbeitung ziemlich verfahrenen Problems verbunden werden könnte. Die Voraussetzungen wären dreierlei: (a) die Schaffung einer entsprechenden Personalkategorie; (b) die Finanzierung solcher Stellen entweder aus Sonderzuweisungen des Bundes (was nur möglich ist, wenn im Rahmen der Föderalismusreform auf das hochschulpolitische Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern verzichtet wird) oder die hochschulhaushaltsinterne Umwidmung von bisherigen Professorenbesoldungsmitteln zu Lektorenvergütungen; (c) der Wille an den Hochschulen, ehemalige WIPianer auf solchen Lektorenpositionen einzustellen.

Autorenangabe:

Peer Pasternack, Dr. phil., 2002-2003 Wissenschaftsstaatssekretär im Senat von Berlin, Forschungsdirektor am Institut für Hochschulforschung (HoF) an der Universität Halle-Wittenberg. eMail: [peer.pasternack@hof.uni-halle.de](mailto:peer.pasternack@hof.uni-halle.de); <http://www.peer-pasternack.de>